

Parlamentarischer Vorstoss

2020/70

Geschäftstyp:	Postulat
Titel:	Medikamentenmissbrauch bei Jugendlichen
Urheber/in:	Miriam Locher
Zuständig:	—
Mitunterzeichnet von:	Abt, Bammatter, Boerlin, Brunner Roman, Candreia-Hemmi, Cucè, Hänggi, Heger, Imondi, Jaun, Kaufmann Urs, Kirchmayr Jan, Kirchmayr Klaus, Koller, Locher, Maag-Streit, Mall, Meschberger, Mikeler, Noack, Roth, Ryf, Schürch, Strüby-Schaub, Vogt-Düring, Von Sury D'Aspremont, Werthmüller, Winter, Würth, Wyss
Eingereicht am:	30. Januar 2020
Dringlichkeit:	—

Xanax, Oxycodon, Benzodiazepine, Codein... In den vergangenen Wochen wurden immer wieder Fälle publik, in denen Jugendliche in Zusammenhang mit der missbräuchlichen Konsumation von Medikamenten auffällig geworden sind. Medikamente, die rezeptpflichtig sind und die ein grosses Abhängigkeitspotential mit sich bringen. Auch in unserem Kanton scheinen diese Vorfälle zuzunehmen. Gründe für den steigenden Betäubungsmittelkonsum gibt es sicher eine Vielzahl. Veränderte Strukturen innerhalb unserer Gesellschaft, wachsender Druck auf die jungen Menschen und - als Kernfaktor in der angesprochenen Problematik - sicher auch die Bedeutung und Entwicklung der sozialen Medien, welche Einfluss auf die Lebenswelt der Kinder und Jugendlichen haben. Der Trend hin zum Missbrauch von Medikamenten ist bedenklich. Noch bedenklicher ist, dass der Konsum zuzunehmen scheint. Umso wichtiger ist es, spezifische Aufklärungsarbeit zu leisten und durch Prävention und Beziehungsarbeit eine «neue Drogenwelle» zu verhindern.

Es stellt sich die Frage, wie dieser Entwicklung auf den verschiedenen Ebenen begegnet werden soll. Einflussnahme ist sicher bei den Schulen möglich. Allerdings stossen diese aufgrund der Komplexität des Themas und der Vielzahl an sonstigen Aufgaben mit an die Grenzen ihrer Belastbarkeit. Die bestehenden Tätigkeitsgebiete bleiben, neue komplexe Bereiche und Herausforderungen kommen hinzu. Es ist sicher zu begrüessen, dass die Schulsozialarbeit an vielen Schulen gut dotiert ist und einen hervorragenden Job macht. Sie kann einen Teil der Präventionsarbeit übernehmen. Denn die Schulen müssen ganz sicher auch künftig einen aktiven Part innehaben.

Um dieser relativ neuen Problematik zu begegnen, scheinen aber weitergehende Massnahmen und ein regelmässiger Austausch von verschiedenen (kantonalen) Fachstellen nötig zu sein. Das Problem kann letztlich nur gemeinsam gelöst werden, indem alle Institutionen, die mit den Kindern und Jugendlichen zu tun haben, zusammenarbeiten und verschiedene Lösungsansätze verfolgen.

Ich bitte den Regierungsrat deshalb darum, zu prüfen und zu berichten, ob und wie der Medikamentenmissbrauch bei Jugendlichen reduziert werden kann. Dabei sollen auch die Ressourcierung der verschiedenen Fachstellen, welche Präventionsarbeit machen, und deren Rolle auch in Bezug auf die Sensibilisierung der Erziehungsberechtigten, überprüft werden. Insbesondere, ob es eine Erweiterung spezifischer Präventionsangebote auch von Seiten des Jugenddiensts (Polizei BL) benötigt, um die Schulen zu unterstützen. Weiter ist zu prüfen, inwieweit eine Zusammenarbeit mit der Jugendpolizei Basel-Stadt sinnvoll und möglich ist und ob es in anderen Kantonen bereits spezifische Aufklärungsangebote gibt, an denen man sich beteiligen könnte.